Gemeinde Südlohn

Niederschrift über die Sitzung

Gremium: Schul-, Jugend- und Sozialausschuss
vom: 25.03.2015

10. Sitzungsperiode / 02. Sitzung

Ort: Großer Sitzungssaal
Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 19:50 Uhr

Anwesenheit:

I. Mitglieder:

1. Frau Christel Sicking
2. Frau Barbara Seidensticker-Beining
3. Frau Maria Bone-Hedwig
4. Frau Elisabeth Nienhaus
5. Herr Michael Schichel
6. Ratsmitglied Frau Karin Schmittmann
7. Herr Paul Schücker
8. Frau Iris Jediß
9. Frau Cornelia Laniewski
10. Herr Dirk Heinbokel
11. Frau Hildegard Schlechter
12. Herr Jörg Schlechter

Vertreter/in für:

Herr Hermann Damm

II. Entschuldigt:

1. Herr Reinhold Kleinemühl
2. Herr Hermann Damm
3. Herr Pfarrer Stefan Scho

III. Verwaltung:

1. BM Herr Christian Vedder
2. AL 10 Herr Werner Stödtke
3. AL 32 Herr Herbert Schlottbom
4. stv. AL 32 Herr Johannes Kückelmann

Vor Eröffnung der Sitzung bittet die Ausschussvorsitzende (AV) den Ausschuss um eine Gedenkminute für die Opfer des Flugzeugunglücks vom 26.03.2015 in den französischen Alpen. Bei diesem kamen alle 150 Passagiere und Besatzungsmitglieder ums Leben, davon über 50 aus Nordrhein-Westfalen, insbesondere 16 Schülerinnen und Schüler sowie zwei Lehrerinnen eines Gymnasiums aus Haltern/See.

Die **AV** stellt die form- und firstgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung führt die **AV** die Ausschussmitglieder Herr Dirk Heinbokel, Frau Iris Jediß und Frau Cornelia Laniewski als sachkundige BürgerInnen in ihr Amt ein und verpflichtet sie mit Handschlag zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben. Insbesondere verweist sie auf die Pflicht zur Verschwiegenheit und zur Vertraulichkeit bestimmter, insbesondere in den nichtöffentlichen Teilen von Ausschusssitzungen sowie in Fraktionen zu beratender Themen, sowie auf die Pflicht, eine mögliche Befangenheit vor der Beratung anzuzeigen.

Über die Verpflichtung wird eine besondere Niederschrift gefertigt und unterzeichnet.

Änderungs- und Ergänzungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht, so dass diese festgestellt wird.

I. Öffentlicher Teil:

TOP 1.: Anerkennung der Niederschrift der letzten Sitzung

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung vom 01.10.2014 werden nicht erhoben. Sie ist damit anerkannt.

Beschluss: -/-

TOP 2.: Entwicklung der Schülerzahlen und Übergangsquoten im Schuljahr 2015/2016

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

Herr Stöttke verteilt eine Übersicht über die Entwicklung der Schülerzahlen mit den Übergangsquoten für das Schuljahr 2015/2016. Er verweist darauf, dass es sich um eine Fortschreibung der in der letzten Sitzung des Ausschusses vom 19.03.2014 vorgestellten Schülerzahlen handelt.

Diese Übersicht war bereits den Fraktionsspitzen in der Besprechung am 17.03.2015 vorgelegt worden.

Die Übersicht zeigt, dass im Schuljahr 2015/2016 48 Schüler der Grundschule Südlohn und 35 Schüler der Grundschule Oeding, insgesamt also 83, auf weiterführende Schulen wechseln. Dies entspricht dem prognostizierten Durchschnittswert der Übergangszahlen für die nächsten Jahre. Aufgrund dieser geringen Schülerzahlen ist aus Sicht der Verwaltung keine eigenständige –auch neue- Schulform in der Gemeinde mehr darstellbar.

Bei den Grundschulen sind auch zukünftig insgesamt 4 Klassen nach der kommunalen Klassenrichtzahl (je Standort zwei Züge) gesichert. Beim Blick auf den 10-Jahres-Vergleich fällt auf, dass die Zahlen bei der Grundschule Oeding (Verlust -13,12 %) gegenüber denen der Grundschule Südlohn (Verlust – 27,36 %) stabiler sind, wenngleich es aufgrund der Schülerzahlen in Oeding wegen der Klassenfrequenzrichtwerte immer eng bleiben wird bei der Ausweisung von 2 Eingangsklassen.

Die Hauptschule hat zwischen dem Schuljahr 2004/2005 und dem Schuljahr 2013/2014 100 (- 29,06 %) Kinder verloren. Der Übergang von eigenen Kindern in die Hauptschule sinkt weiter. Selbst unter Berücksichtigung der Tatsache, dass bereits seit Jahren auswärtige Kinder aus Weseke, Burlo und Borkenwirthe die Hauptschule besuchen, wird es im Schuljahr 2015/2016 voraussichtlich nicht möglich sein, die für die Weiterführung erforderliche Zahl von 18 Kindern zu erreichen. Zurzeit sind im Anmeldeverfahren nur 15 Kinder angemeldet. Daraus ergibt sich die Konsequenz, dass der Weiterbetrieb der Roncalli-Hauptschule im kommenden Schuljahr nicht genehmigungsfähig ist. Zurzeit führt die Gemeinde mit Unterstützung des Schulamtes bei der Bezirksregierung in Münster Gespräche mit dem Ziel, eine Ausnahmeregelung zu erwirken. Jedoch ist diese Möglichkeit ursprünglich begrenzt worden auf das Schuljahr 2012/2013.

Von Seiten des Landes wird für eine Hauptschule eine Zweizügigkeit, d.h. zwei Mal 18 Kinder, vorgegeben. Um dieses erreichen zu können, müsste eine Übergangsquote von rd. 40 % erreicht werden. Demgegenüber haben nur 10 Kinder eine Hauptschul-/Sekundarschulempfehlung erhalten (12 % Übergangsquote), wovon sich nur 7 an der Hauptschule angemeldet haben. Auch unter Berücksichtigung der 8 angemeldeten Kinder aus Weseke und Burlo wird damit die Landesvorgabe nicht erreicht.

Nach echten Anmeldezahlen beträgt die Übergangsquote von den Grundschulen zur Hauptschule im Schuljahr 2015/2016 8,43 %, zur Realschule 51,8 %, zum Gymnasium 26,5 %, was niedriger als sonst ist, und zur Sekundarschule/Gesamtschule = 10,84 %.

Trotz intensiven Gesprächen ist es der Gemeinde bislang nicht gelungen, einen dauerhaften Partner zum Erhalt der Hauptschule zu gewinnen. Vorrangig war eine Kooperation mit Weseke angestrebt worden. In der dortigen Realschule werden zum kommenden Schuljahr 76 Kinder, davon 15 aus der Gemeinde Südlohn, beginnen. Für eine Kooperation in Form einer Sekundarschule sind 75 Kinder und in Form einer Gesamtschule 100 Kinder notwendig. In der näheren Schulnachbarschaft ergibt sich keine Kooperation, da Stadtlohn

weiterhin das gegliederte Schulsystem favorisiert und Vreden über eigene auskömmliche Kinderzahlen verfügt, die keine Kooperation notwendig machen. Diese Schulträger und die Stadt Borken können alle Schulformen auch bei Änderungen mit eigenen Kindern realisieren und sind nicht auf einen kleineren Partner angewiesen.

Auf Nachfrage der **CDU-Fraktion** zum weiteren Verfahren wird von Seiten der Verwaltung ausgeführt, dass die Schule jetzt die betroffenen Eltern informiert und eine Entscheidung der Bezirksregierung zur Ausnahme-genehmigung bis Ende dieser Woche abgewartet werden soll. Eine frühzeitige Information der Eltern ist notwendig, damit diese sich rechtzeitig für andere Schulen entscheiden können. Sollte keine Ausnahme-genehmigung erteilt werden, wird die Schule auslaufend gestellt. In diesem Fall wird zusammen mit der Bezirksregierung ein Plan für die Abwicklung aufgestellt. Es ist jedoch sichergestellt, dass die zukünftigen Klassen 9 und 10 ihren Abschluss in der vorhandenen Schule machen können. Mögliche Rückläufer aus der Orientierungsstufe anderer Schulen können hier nicht einbezogen werden. Ebenso können nicht Kinder von Flüchtlingsfamilien eingerechnet werden, da diese zumeist nicht die deutsche Sprache beherrschen und daher zunächst die Schwerpunktschulen in Stadtlohn (Losbergschule und Hilgenbergschule) besuchen müssen. Da zudem die Asylverfahren kürzer werden, können nachhaltige Zahlen für die Schulentwicklungsplanung nicht in Anspruch genommen werden.

Die **SPD-Fraktion** erkundigt sich danach, ob und inwieweit überhaupt in den Schulen in den Nachbarorten noch Platz für die notwendig werdende Aufnahme Südlohner Kinder besteht.

Herr Stöttke erläutert, dass in den Hauptschulen in Stadtlohn und Borken und voraussichtlich auch in der Sekundarschule Vreden noch Potential vorhanden ist. Auch sind einige Schüler mit Realschulempfehlung in der Hauptschule angemeldet, so dass eine Verteilung auf die Schulen in den Nachbargemeinden möglich erscheint. Aber auch hier ist nunmehr ein Kontakt zu diesen Schulträgern notwendig.

Nach Auffassung der **UWG-Fraktion** müsste die Gesamtschülerzahl mit 227 Schülern, folglich durchschnittlich 36 – 37 Schüler je Jahrgang, betrachtet werden. Auch sind Rückläufer von anderen Schulen einzubeziehen.

Von Seiten der Verwaltung wird verdeutlicht, dass nach den Richtlinien nur die Eingangszahlen maßgebend sind. Festzustellen ist, dass die Hauptschule Südlohn in der Sache zwar einen sehr guten Ruf genießt, jedoch mit dem Begriff „Hauptschule“ heute aus Sicht der Erziehungsberechtigten ein falsches „Etikett“ verbunden wird.

Beschluss:

Kenntnisnahme

TOP 3.: Sozialbericht 2014 - Leistungen und Hilfen des Sozial- und Versicherungsamtes der Gemeinde Südlohn

Sitzungsvorlage-Nr.: 27/2015

Der Sozialbericht 2014 mit den Leistungen und Hilfen des Sozial- und Versicherungsamtes wird von **Herrn Schlottbom** eingehend vorgestellt und erläutert.

Bei den laufenden Leistungen nach dem SGB XII fällt hinsichtlich der Grundsicherung für Personen über 65 Jahren außerhalb von Einrichtungen die Kontinuität bei der Zahl der Hilfeempfänger auf, obwohl nach der Alterspyramide jährlich ein Anstieg verzeichnet werden müsste. Der Grund hierfür liegt in der natürlichen Bevölkerungsentwicklung durch Todesfälle bzw. im Übergang in Einrichtungen zur Betreuung.

Bei den Leistungen für Bildung und Teilhabe hat die Gemeinde im Jahr 2014 insgesamt 31.155,75 € aufgewendet, d.s. durchschnittlich 179,06 € je Kind.

Während im Sozialbericht noch von der Aufnahme von 27 neuen Asylbewerbern im Jahr 2014 gesprochen wird, wird die Gemeinde bis zum Ende des 1. Quartals 2015 bereits 18 neue Asylbewerber aufgenommen haben. Die Aufnahmekapazität beträgt dann aktuell nur noch 8 Plätze, so dass deutlich wird, dass auch im Jahr 2015 weiterhin Platz für die Aufnahme weiterer Asylbewerber geschaffen werden muss.

Auf Nachfrage der **Grüne Fraktion** wird ergänzt, dass bei den genannten gemeindlichen Leistungen für Bildung und Teilhabe die Kosten für die Schulsozialarbeiterin in den Grundschulen nicht enthalten sind. Hierfür fallen Gesamtkosten von ca. 18.000,00 € an, wovon das Land ca. 50 % übernimmt. Die genaue Höhe

des Landeszuschusses ist noch nicht bekannt, da diese abhängig von den Fallzahlen ist. Gem. Beschluss des Gemeinderates ist für die Schulsozialarbeiterin bei der Gemeinde auf deren Kosten eine unbefristete Stelle eingerichtet.

Beschluss: -/-

TOP 4.: Situation der Flüchtlinge und Asylbewerber in der Gemeinde Südlohn

Sitzungsvorlage-Nr.: 29/2015

Herr Kückelmann stellt heraus, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge davon ausgeht, dass in diesem Jahr rund 300.000 Personen als Flüchtlinge nach Deutschland kommen werden. Dagegen prognostizieren jüngst vier Bundesländer bis zu 500.000 Flüchtlinge im Jahr 2015. Das wäre bei Eintreten die höchste Asylbewerberzahl seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Im europäischen Vergleich fällt auf, dass Deutschland nach Schweden und Norwegen je 1.000 Einwohner die größte Anzahl der Asylbewerber aufnimmt. Bezogen z.B. auf die Flüchtlingsproblematik aus Syrien in den Nachbarstaat Libanon sind die Asylbewerberzugänge je 1.000 Einwohner in der Bundesrepublik jedoch wesentlich niedriger.

Die Verteilung der Asylbewerber auf die Bundesländer sowie die Verteilung der Zuschüsse des Bundes erfolgt nach dem sogen. „Königssteiner Schlüssel“. Auf der Basis der Finanzkraft und der Bevölkerung des Bundeslandes trägt das Land Nordrhein-Westfalen mit 21,2 % den größten Anteil vor Bayern und Baden-Württemberg.

Unter Einbeziehung der jüngsten Zuweisungen werden Ende des ersten Quartals 2015 in der Gemeinde insgesamt 55 Erstantragsteller vorhanden sein. Gegenüber früher hat sich die Verteilung auf die Nationalitäten wesentlich verändert, wodurch aufgrund der verschiedenen Sprachen, Mentalitäten und Religionszugehörigkeiten die Unterbringung der Asylbewerber schwieriger geworden ist. Dennoch ist es bislang gelungen, in den jeweiligen Unterkünften für ein friedliches Zusammenleben zu sorgen. Diese wird begünstigt durch die verhältnismäßig guten Standards der in der Gemeinde vorgehaltenen Unterkünfte, was jüngst durch das Gesundheitsamt des Kreises Borken auch bestätigt wurde. Positiv trägt hierzu auch das seit Jahren von der Gemeinde verfolgte Konzept einer dezentralen Unterbringung bei, wodurch mögliche Konflikte sowohl in den Einrichtungen als auch mit der jeweiligen Nachbarschaft kaum entstehen. Ende Mai wird die Gemeinde ein 6. Asylbewerberheim in Betrieb nehmen.

Finanziell hat die Gemeinde im Jahr mit 162.661,01 € Eigenanteil die Hauptlast getragen, da das Land sich an den Gesamtkosten von 228.979,01 € nur mit 60.318,00 € beteiligte. Auch wenn die Gemeinde für 2015 voraussichtlich Landeszuweisungen in Höhe von 160.464,00 € erwarten kann, kann bei weiterhin steigenden Asylbewerberzahlen von einem höheren gemeindlichen Eigenanteil ausgegangen werden.

Ein besonderes finanzielles Risiko, weil nicht planbar, stellt bei den Gesamtkosten die Entwicklung der Krankenhilfekosten dar. Ein inzwischen vom Land bereit gestellter Härtefall-Fonds federt nur jährliche Behandlungskosten von mehr als 70.000,00 €/Einzelfall ab.

Aufgrund der steigenden Anzahl der Asylbewerber und des hiermit verbundenen Aufwandes wird es im Fachbereich „Soziales“ immer schwieriger, die Asylbewerber mit dem vorhandenen Personal zu betreuen. Von daher wird die jüngste Initiative des „Arbeitskreis gegen Rechts“ begrüßt. Danach haben sich im ersten Aufruf bereits 7 Personen aus der Bevölkerung bereit erklärt, je Ortsteil in zwei Gruppen als Integrationshelfer ehrenamtlich tätig zu werden. Die ersten Besuche und Gespräche waren bei den Hilfeempfängern von hoher Gastfreundschaft und von Dankbarkeit für das Interesse an ihren Lebensumständen geprägt. Darüber hinaus ist eine hohe Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung und in den Nachbarschaften zu erkennen, wofür sich die Gemeinde bei allen ehrenamtlich sich Engagierenden herzlich bedankt.

Auf Nachfrage der **SPD-Fraktion** wird ergänzt, dass hauptsächlich alleinstehende Männer zugewiesen wurden. Der Grund hierfür liegt in dem Verteilungsverfahren und der Größe der Gemeinde, wodurch nach der Quotenliste schneller Einzelpersonen als gesamte Familien zugewiesen werden. Aufgrund der jetzt gestiegenen Asylbewerberzahlen ergeben sich höhere Differenzen, so dass in jüngster Zeit verstärkt auch Familien mit Kindern zugewiesen werden. Hierfür wird es künftig notwendig, dass auch eine Umgebung für Familien geschaffen wird, wodurch ein neues Betätigungsfeld für die Integrationshelfer sich eröffnen könnte.

Hinsichtlich der Krankenhilfekosten regt die **Grüne Fraktion** die Umsetzung des „Bremer Modells“ an. Danach bekommen Asylbewerber, beschränkt auf ein Jahr, eine Gesundheitskarte, was diesen den Arztbesuch erheblich erleichtert. Anderenorts wurden hierdurch zudem bereits hohe Einsparungen bei der Administration erreicht.

Herr Kückelmann erläutert, dass die Abrechnung der Krankheitskosten mit der Kassenärztlichen Vereinigung bereits seit langem zentralisiert beim Kreis Borken erfolgt. Für die Umsetzung eines neuen Abrechnungsmodells ist eine kreisweite Regelung notwendig. Ziel müsste es sein, dass die gesetzlichen Krankenkassen generell auch für Asylbewerber geöffnet werden, was jedoch aufgrund verschiedener anderer Gründe nicht unproblematisch ist.

Der **BM** sagt zu, das „Bremer Modell“ auf Kreisebene anzusprechen.

Auf Hinweis aus der **CDU-Fraktion**, ob damit nicht Fälle nach § 264 Abs. 5 SGB V gemeint sind, erläutert **Herr Kückelmann**, dass hiervon nur Betreuungsfälle ehemaliger Asylbewerber betroffen sind, diese Vorschrift nicht jedoch den Asylbewerbern offen steht. Hinsichtlich der Umsetzung des „Bremer Modells“ stehen gesetzliche Regelungen für die Sicherstellung der Gesundheit nur im Umfang einer Minimalanforderung im Weg. Auch das ab dem 01.03.2015 in Kraft getretene neue Asylbewerberleistungsgesetz sieht hier keine weitergehenden Veränderungen vor. In der Gemeinde Südlohn besteht eine gute Zusammenarbeit zwischen der Fachabteilung „Soziales“ und den örtlichen Ärzten, so dass es erkennbar bislang nicht zu Problemen bei der ärztlichen Versorgung der Asylbewerber gekommen ist.

Die **UWG-Fraktion** erkundigt sich danach, wer die ehrenamtliche Hilfe koordiniert.

Erster Ansprechpartner für die ehrenamtlichen Helfer ist die Verwaltung, die dann den Kontakt z.B. zum „Arbeitskreis gegen Rechts“ herstellt.

Beschluss: -/-

TOP 5.: Betreuungsbedarfsplanung nach dem KiBiz für das Kindergartenjahr 2015/2016

Sitzungsvorlage-Nr.: 28/2015

Ergänzend teilt **Herr Schlottbom** mit, dass für den geplanten Neubau des St. Vitus-Kindergartens in Südlohn am Sitzungstag die Baugenehmigung erteilt worden ist. Nach Aussage des Investors soll weiterhin das Gebäude bis zum Sommer 2015 bezugsfertig sein.

Der **BM** ergänzt, dass heute mit den Abbrucharbeiten des gemeindlichen Pavillons am vorhandenen Kindergarten begonnen worden ist. Das Verhalten der Erziehungsberechtigten zur U3-Betreuung ihrer Kinder hat sich erkennbar noch nicht eingependelt. Alle Beteiligten gehen aber davon aus, dass die nun vorgesehenen Investitionen nachhaltig sind.

Die **UWG-Fraktion** weist darauf hin, dass der Anstieg der Betreuungszeiten von 35 auf 45 Wochenstunden möglicherweise darin begründet ist, dass bei teilweiser Berufstätigkeit auch am Nachmittag eine verlässliche Betreuung für das Kind gewährleistet werden muss und damit 45 Wochenstunden gebucht werden, obwohl diese nicht an allen Wochentagen in Anspruch genommen wird. Eine größere Flexibilität wäre wünschenswert.

Zugesagt wird, dies mit der Verbundleitung mit dem Ziel zu besprechen, dass eine variabelere Buchung möglich wird.

Anmerkung:

Nach Auskunft der Verbundleitung sprechen zwei Gründe für die Zunahme der Zahl der gebuchten 45-Wochen-Stunden in allen Altersklassen zu Lasten der 35-Stunden:

- a) Da das Land NRW das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei gestellt hat, buchen viele Eltern „vorsorglich“ die 45-Wochen-Stunden-Betreuung, um vor Eventualitäten gesichert zu sein, obwohl sie wissen, dass das Kind am Nachmittag überwiegend die Einrichtung nicht besuchen wird.*
- b) Gegen die Einrichtung eines variablen Modells, welches einen flexiblen Personaleinsatz bedingt, sprechen die Kindpauschalen, deren Unterschied zwischen einer 35- und 45-Wochenstunden-Betreuung sehr groß ist, wodurch es nicht möglich ist, das Personal bei 35 Wochenstunden zu anderen Zeiten zu beschäftigen.*

Beschluss: -/-

TOP 6.: Mitteilungen und Anfragen

6.1.: Antrag Gemeinsam Leben - Gemeinsam Lernen Kreis Borken e.V.zur Errichtung eines kreisweiten Inklusionsplanes

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

Der **BM** gibt bekannt, dass die Landesarbeitsgemeinschaft NRW – Region Kreis Borken „Gemeinsam Leben – Gemeinsam Lernen e.V.“ bei allen Kommunen sowie dem Kreis Borken den Antrag auf Erstellung eines kreisweiten Inklusionsplanes gestellt hat.

Die Angelegenheit wird zurzeit geprüft. Angestrebt wird hierzu weiterhin ein abgestimmtes kreisweites Vorgehen.

Beschluss: -/-

6.2.: Inklusionspauschale des Landes

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

Mitgeteilt wird, dass die Gemeinde vom Land NRW für das Schuljahr 2014/2015 eine Inklusionspauschale in Höhe von 9.780,58 € erhalten hat.

Beschluss: -/-

Christel Sicking
Vorsitzende

Herbert Schlottbom
Schriftführer / AL 32